

sch dadurch nicht gegen Thiers habe erklären wollen. — Das „Paris Journal“ schreibt, daß eine Colonne von 400 Mann, die sich der General Marquis von Gallifet und der Herzog von Chartres befanden, im äußersten Süden von Algier abgeschnitten und von 10,000 Arabern eingeschlossen sei.

Die großartigen Rüstungen in Frankreich beginnen bereits die Aufmerksamkeit des Auslandes in hohem Grade zu erregen und man täuscht sich namentlich in den politischen wie militärischen Kreisen Deutschlands nicht darüber, daß die französischen Rüstungen keinen andern Zweck verfolgen, als einen Revanche-Krieg in Scene zu setzen. Ein Mitarbeiter der „Militärischen Blätter“ von Fach, der sich seit dreihalb Jahren ununterbrochen in Frankreich aufhält und ein Urtheil über französische Verhältnisse erlangt zu haben glaubt, erklärt es für unumstößliche Thatsache, daß mit allen Kräften an der Inscenirung eines Rachekrieges, an der Maschinenerei gearbeitet werde, und daß das Personal schon die Rollen studire. Deutschland müsse daher auf alles gefaßt sein und jeder mit seinen Kräften und an der ihm verliehenen Stelle arbeiten, weil die Ruhe für uns Vernichtung und Tod seien. Wie die Verhältnisse jetzt liegen, so könne man, ohne zu irren, annehmen, daß bis zum Jahre 1875 kriegerische Verwickelungen nicht eintreten würden. Im Allgemeinen glaube man, daß im Winter 1873 bis 1874 die Occupation ihr Ende finden werde. Wäre die deutsche Regierung nur etwas rigoros gewesen, so wäre die Marne und Haut-Marne, trotz der Bezahlung der zweiten Milliarde noch occupirt; denn die neugefertigten Baracken in der Meuse und den Vogesen seien bis Ende November noch nicht völlig eingerichtet gewesen, trotz der officiellen Erklärung des Herrn Thiers. Erst nach erfolgter Räumung kommen Belfort und Toul in französische Hände zurück. Diese in dem voraussetzlichen Kriegstheater liegenden Waffenplätze, sowie Paris, müssen erst reconstituirt sein; die Armee müsse in Organisation und Ausrüstung vorgeschritten, namentlich der Pferdebestand ergänzt sein; ehe an einen neuen Krieg gedacht werden könne. Der Cavallerie fehlten nicht, wie der Kriegsminister behauptete, bloß 8000, sondern 15—20,000 Pferde. Sodann heißt es: „Der von uns angebeutete Zeitraum bis 1875 erscheint nach alledem sehr kurz. Aber man bedenke, daß die französische Nation nicht die verkommene, enternnte ist, wie sie von einzelnen deutschen Journalisten geschildert wurde, daß sie im Gegentheil einer bedeutenden Energie fähig ist und über gewaltige Mittel zu gebieten hat. Es wird Alles geleistet werden, was vermittelt Geld und Menschenkraft geleistet werden kann. Und dann darf man nicht vergessen, daß die Ungebuld der jetzt commandirenden Generale schwer zu zügeln sein wird. Trotz der Klugheit wird sie der brennende Wunsch, die erlittenen Niederlagen auszumachen, und ihre Eitelkeit die *vengeurs de la patrie* zu werden, zum Kampfe treiben. Und schließlich täuscht die Regierung durch die übertriebenen Lobpreisungen der Armee das Land ebenso über die Kriegsbereitschaft des Heeres, als Marschall Leboeuf den Kaiser und das Land mit der Phrase „vom letzten Hofenknochen“ getäuscht hat.“ Im Ganzen bekunden diese Betrachtungen eine ziemlich genaue Kenntniß der Verhältnisse.

Eine Anzahl von Pariser Bürgern und an ihrer Spitze die radicalen Mitglieder des Pariser Gemeinderaths, veröffentlichten in den ihnen nahestehenden Blättern folgende Adresse: Die Französische Republik an die Spanische Republik. Spanien! Wenn die Französische Republik die furchtbaren Schulden an Geld und an Ehre, welche ihr die verruchte Regierung Napoleons hinterlassen hat, vollständig abgetragen haben wird, wird es ihr freistehen, der Spanischen Regierung einen Gruß zu entbieten, welcher der beiden Nationen würdig ist. Bis dahin wollen die Französischen Republikaner, welche sowohl gegen den tollen Krieg von 1870 als gegen den Frieden von 1871 protestirt haben, nicht unterlassen, in dem republikanischen Spanien den Triumph ihrer Ideen zu verherrlichen, welche die Ideen der modernen Civilisation selber sind. Mit einem Ruf, mit der edlen Berwegenheit, welche sie auszeichnet, verschaffen Sie, wie unsere Väter von der Französischen Revolution, dem republikanischen Programm die vollständige Gemüthung der ewigen Gerechtigkeit durch die Trennung der Kirche vom Staate, durch die Abschaffung der Sklaverei, durch die Bekämpfung der städtischen und provinziellen Freiheiten, deren Einklang die nationale Freiheit ausmacht. Dem Volke, welches so schöne demokratische Traditionen hat, welches schon in der Finsterniß des Mittelalters eine so herrliche Entwicklung der localen und politischen Freiheiten zu erreichen wußte und so viele Märtyrer der Volkssache aufzuweisen hat, stand es zu, noch einmal zu zeigen, daß die Republik die natürliche und unabwiesliche Regierung der Nationen ist, die in dem Vorbesitz ihrer selbst gelangt sind. Mögen Sie, nachdem Sie die Republik errungen haben, sie über die ganze Welt ausstrahlen lassen! Muth also in dem edlen Werke, welches Sie kühnlich so vielen gierigen Präsidenten gegenüber unternommen haben! Vergessen Sie namentlich nicht (denn wir haben das traurige Recht, Rathschläge zu geben), daß es nicht genügt, den Namen der Republik errungen zu haben, und daß man sie nur durch anhaltende Energie zu einer lebendigen und fruchtbaren Wahrheit macht! Gruß und Bräuderliche!

Verfaillies, 4. März. In heutiger Sitzung der Nationalversammlung nahm Thiers das Wort und erklärte, daß die Regierung den Gesetzentwurf der Dreißiger-Commission vollständig acceptire und lege Gewicht nicht zunächst auf Gründung einer definitiven Regierung, sondern nur auf die vollständige Erfüllung der Pflichten gegen das Land. Thiers betonte ferner, daß das Ende der Occupation nahe sei und von der Weisheit der Versammlung hänge es ab, die betreffenden Fristen zu verkürzen. Sei die Occupation beendet, so habe er sein Mandat erfüllt und er hoffe, daß die Nationalversammlung noch dieses Jahr ihre Arbeiten schließen könne. Es handle sich nicht um Begründung der definitiven Republik, sondern um die der conservativen Republik; die Monarchie sei unmöglich. Hierauf wurde die Einbringung des Gesetzentwurfs der Dreißiger mit 475 gegen 199 Stimmen beschlossen.

Rußland.

Vor etwa zwei Monaten hatte ein Stabscapitän der Artillerie (Rangstufe zwischen Premier-Lieutenant und Hauptmann) Namens Graf Kvitnigki seinen Oberst Chlebnikow, nachdem er ihn vergeblich zum Duell herausgefordert, auf offener Straße mit der flachen Klinge seines Säbels geschlagen. Der Vorgang machte damals um so mehr Aufsehen, als der Kaiser von ferne Zeuge desselben war. Dieser Tage fand nun vor dem Petersburger Militärgericht die strafgerichtliche Verhandlung statt. Es hatte sich denn auch, so weit die nicht sehr umfangreichen Räume es gestatteten, ein zahlreiches Publikum aus allen Ständen, unter dem sich die Großfürsten Konstantin und Nikolai (Brüder des Kaisers) befanden, eingefunden. Es wurden viele Zeugen vernommen, aus deren Vernehmung das günstige Vorurtheil, welches für den Angeklagten im Publikum schon vorher vormalte, nur noch verstärkt wurde, denn es entrollte sich aus den Verhandlungen eine lange Reihe dienstlicher Chicanen, mit denen

der Angeklagte, ein stiller, fleißiger und wissenschaftlich gebildeter Mann, der aus allen seinen Prüfungen, die er im Generalstab und den Fachbureauz, die er durchlaufen, jederzeit Belobungen und goldene Ehrenmedaillen erhalten, im Laufe der Zeit nicht nur vom Oberst Chlebnikow, sondern auch vom General-Major Subst: überhäuft worden war. Den Ausschlag hierbei gab, daß, nachdem man seine Verletzung nach Warschau betrieben und ins Werk gesetzt, man ihm auch dort den Boden seiner Erstenz zu untergraben suchte, indem seine Vorgesetzten heimlich Briefe nach Warschau schrieben, die zur Fortsetzung der Chicanen aufforderten und die schon in Warschau an die Adressaten gelangt waren, ehe Kvitnigki persönlich dort eintraf. Letzterer reiste, als er diese abschauliche Handlungsweise erfuhr, mit Urlaub nach Petersburg und forderte seinen früheren Chf. Die Verurtheilung des Angeklagten erfolgte pure nach dem Gesetze: Verbannung nach Sibirien und Aberkennung der Bürgerrechte; doch fügte der Gerichtshof seinem Spruch den Zusatz bei: daß, in Betracht des Umstandes, daß Kvitnigki zu dem Verbrechen in Folge eines für ihn unglücklichen Zusammenstehens von Umständen geführt worden, der Kaiser um vollständige Begnadigung desselben anzufragen sei. Wichtiger als diese Entscheidung selbst ist der derselben beigefügte Nachtrag, dahin lautend: „Ueber das bei der Untersuchung zu Tage getretene unrichtige (soll heißen chicanöse) Verhalten des General-Majors Subst, der Obersten Chlebnikow und Kanischschew, der Capitäne Doppelmeyer und Schatow I., der Stabscapitane Schatow II., Kóhli und Dubrowin und der Lieutenants Popow, Chitrowo und Schtscherbinski ist laut §§. 843 u. des Militär-Ges. St. durch den Militär-Procurator der betreffenden Behörde „zur weiteren gefälligen Veranlassung“ Mittheilung zu machen, d. h. mit anderen Worten, daß gegen diese Herren das Untersuchungsverfahren eingeleitet werden soll.

Spanien.

Madrid, 1. März. Die von Vera und Ranso commandirten Carlischen-Banden in Castilien sind völlig aufs Haupt geschlagen und zerstreut worden. Ihre Verluste waren sehr bedeutend. Die Regierungstruppen wurden vom General Hidalgo angeführt. Gleiches wird über die von Ferrero geführte Carlischen-Schaar in Maccafayo (?) gemeldet. Ihr Chef, sein erster Lieutenant und 28 Gemeine blieben auf dem Platze. Der blutdürstige Carlische Curat Santa Cruz wird unablässig verfolgt. Er hat jüngst eine Frau süßliren lassen. Diese Unthat hat allgemeinen Abscheu hervorgerufen. Betr. des der Befürzung, welche einige zu Tage getretene Symptome von militärischer Insubordination zu Barcelona und Valencia hervorgerufen haben, sind heute völlig beruhigende Mittheilungen eingegangen. Dort und in allen anderen Theilen des Landes erweist die Armee sich den Befehlen ihrer Führer gehorsam und entschlossen, gegen die Banden zu kämpfen und die Republik aufrecht zu erhalten. In der National-Versammlung wurde heute ein Antrag auf Mobilisirung von 50,000 Mann eingebracht. Man hat den Kostenanschlag bereits genehmigt. Die Debatte über die Abschaffung der Sklaverei wurde heute fortgesetzt und dürfte in kürzester Zeit beendet sein. Man hofft eine vollständige Uebereinstimmung betreffs der Frage über die Auflösung der National-Versammlung im voröfnlichsten Wege zu erzielen.

Amerika.

Washington, 4. März. Die Volschaft, mit welcher der Präsident Grant den Beginn seiner zweiten Präsidentschaftsperiode inaugurirt hat, beginnt mit der Versicherung, daß der Präsident an der Hand der Erfahrung der ersten 4 Jahre seines Präsidentschafts befristet sein werde, die Gesetze im wahren und besten Interesse des Landes zu handhaben und aufrecht zu erhalten. Wenn es in der ersten Periode seiner Verwaltung noch nicht gelungen sei, die dem Lande durch eine große Revolution geschlagenen Wunden vollständig zu heilen, so habe es noch weniger opportun erscheinen können, neue Fragen anzuregen. Vor Allem sei die Wiederherstellung der Eintracht, des Credits, die Harmonie und Entfaltung des Handels und der Ränke des Friedens ins Auge zu fassen. Grant spricht sodann seine feste Ueberzeugung aus, daß die civilisirte Welt überhaupt der republikanischen Staatsverfassung zu treue und daß die große Republik der Vereinigten Staaten von Nordamerika bestimmt sei, der Stern zu werden, welcher anderen Republiken vorleuchte. Eine territoriale Vergrößerung der Nordamerikanischen Republik vor dem Amerikanischen Continente werde eine Vermehrung der militärischen Streiträfte nicht zur Folge haben, im Gegentheil eine Verminderung derselben mehr erleichtern. Trotz des durch den Bürgerkrieg errichteten Resultates der Emancipation der Sklaven seien die letzteren doch noch nicht im Besitze der staatsbürgerlichen Rechte, eine Ungerechtigkeit, welche beseitigt werden müsse. Der Präsident erklärt demnach, er werde sein Augenmerk darauf richten, die Eintracht unter den verschiedenen Theilen des Landes wiederherzustellen, den Werth des Papiergeldes mit dem Goldcourse möglichst in vollständiges Gleichgewicht zu bringen, neue Verkehrswege zu eröffnen, freundschaftliche Beziehungen mit den nahen und entfernteren auswärtigen Staaten zu pflegen, den amerikanischen Handel wieder zur vorigen Blüthe und die Fabrication und Industrie zu neuem Aufschwung zu bringen. Ebenso werde er nicht nachlassen in der Arbeit, durch den Einfluß der Erziehung und des Unterrichtes die indianischen Eingeborenen zu civilisirten Menschen zu machen; sei dieselbe aber ohne Erfolg, dann sei der Vernichtungskrieg eine Nothwendigkeit. Aber zunächst sei doch die Frage ins Auge zu fassen, wie man die Indianer durch Erziehung und gute Behandlung zu nützlichen Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft machen könne. Der Präsident erwähnt demnach den alten Vorschlag, St. Domingo als Territorium der Vereinigten Staaten in die Union aufzunehmen und ist, wie früher, so auch jetzt der Ansicht, daß dies im wohlverstandenen Interesse St. Domingo's und der Vereinigten Staaten liegen würde. Gleichwohl würde für die Zukunft die Frage, ob es sich empfehle, ein neues Territorium in die Union aufzunehmen, nur dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn dieselbe vom Volke unterstützt werde. Grant theilt nicht die Besorgniß derer, welche in einer territorialen Vergrößerung des Staates eine Schwächung desselben erblicken; bei dem gewaltigen Aufschwunge, welcher auf allen Gebieten des menschlichen Lebens und Verkehrs sich vollziehe, scheine es, als ob Gott die Welt für eine Nation bestimmt habe, welche eine Sprache rede und keiner Armeen und Flotten mehr bedürfe. Schließlich dankt Grant für die große Ehre, die ihm durch die Wiederwahl erwiesen worden und versichert, daß er gleichwohl des Momentes harre, wo er sich seiner hohen Verantwortlichkeit wieder entkleiden dürfe.

Königreich Sachsen.

Dresden, 6. März. Die Steuerreformfrage ist gestern im Landtag beendet worden. Gegen die Ansicht der Regierung, der I. Kammer und einer Partei, namentlich aus Vertretern des ländlichen Grundbesitzes zusammengesetzten Minderheit, wurde eine Klassen- und Einkommensteuer mit theilweiser Beibehaltung der Grundsteuer beliebt. Die Anträge der Minderheit: eine dem nachtheillichen, durchschnittlichen-mittleren Ertrage der Steuerobjekte entsprechende Grund-